

Ich habe mich mit dem Text „[Deutscher Imperialismus](#)“ auseinandergesetzt und das sind meine Gedanken dazu:

- Schon am Anfang wird unterstellt, dass seit 150 Jahren im Grunde die gleichen Mechanismen am Werk sind: Kurz - Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Nur weil Lenin das schrieb, [muss es nicht stimmen](#).

„Zumindest aus marxistischer Sicht (V. I. Lenin) war der Imperialismus eine wirtschaftliche Notwendigkeit der kapitalistischen Industrieländer, die darauf abzielte, die sinkende Tendenz der Profitrate durch den Export von Kapitalinvestitionen auszugleichen. Die anderen (Ökonomen) verstanden den Imperialismus nicht als eine wirtschaftliche Notwendigkeit, wie es beispielsweise bei J. A. Schumpeter der Fall war, der dieses Phänomen als die nicht-rationale Tendenz des Staates definierte, so viel auszugeben, wie es seine Macht und sein Territorium erlaubt.“

Wenn es aus Schumpeters Sicht jemanden gab, der aus ökonomischem Interesse imperialistische Ziele verfolgte, so war es das Finanzkapital, alle anderen Mitglieder einer kapitalistischen Gesellschaft wollten einfach in Ruhe ihren Geschäften nachgehen. Der [Autor eines Texts über](#) seine Imperialismustheorie schreibt:

„Schumpeter begann mit einem kurzen einleitenden Abschnitt, in dem er das Wesen des Problems umriss und argumentierte, dass aggressive Verhaltensweisen von Staaten nicht einfach die konkreten wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung widerspiegeln müssen. Im Falle des Imperialismus könnte man sagen, dass Nationen und Klassen „Expansion um der Expansion willen, Krieg um des Kämpfens willen, Sieg um des Gewinnens willen, Herrschaft um des Herrschens willen“ anstreben. In diesem Sinne definierte er den Imperialismus als „die objektlose Bereitschaft eines Staates zu unbegrenzter gewaltsamer Expansion“.

- Dem Text zufolge gibt es verschiedene nationale Kapitale, die unter sich auch noch zerstritten sind, und die temporär aus taktischen Gründen zusammenarbeiten, zu anderen Zeiten nicht. Ja, der (auch in sich zerstrittene) amerikanische Imperialismus ist der stärkste, das heißt aber nicht, dass sich – speziell der deutsche etwa – geschlagen gibt. Man unterwirft sich solange es sein muss, um dann wieder seinen Platz an der Sonne zu suchen. Immer wieder ist von verschiedenen Kapitalen die Rede, mal vom amerikanischen, mal vom europäischen, mal vom deutschen, mal vom Finanz-, mal vom Industriekapital. Ob die im Zeitalter der Globalisierung noch alle so national sortiert sind, fragt man sich. Und insgesamt hätte man da gerne eine empirische Grundlage zu dieser nationalen Zuordnung, aber auch genauer zu den Strategien: Worauf basieren denn die Thesen zu dem, was das jeweilige Kapital will?
- Michael Hudson zufolge konkurrieren nicht einfach Monopolkapitale, sondern auch verschiedene Kapitalismusmodelle, die nach verschiedenen Spielregeln funktionieren. Generell kann man sagen, dass die „Empires“ GB und später USA, die maritimen Mächte, eher zum Finanzkapitalismus neigten, die nachholenden kapitalistischen Volkswirtschaften (auch die USA im 19. Jahrh. Und vor allem Deutschland) eher zum Industriekapitalismus. Dazu schreibt [Yves Smith](#):

„Es sei daran erinnert, dass Michael Hudson den Wettbewerb zwischen dem Industrie- und dem Finanzmodell des Kapitalismus auf den Beginn der frühen industriellen Revolution datiert. Hudson hält die Vorherrschaft des Finanzkapitalismus keineswegs für gegeben; wie Marx ist er der Ansicht, dass es ohne andere Umstände wahrscheinlicher gewesen wäre, dass sich das industrielle Modell durchgesetzt hätte. Er führt den offensichtlichen Erfolg des Finanzkapitals auf die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg zurück. Ironischerweise könnte der Aufstieg Russlands und Chinas das überfällige Wiederaufleben der Vorherrschaft des Industriekapitalismus bedeuten.“

Der Industriekapitalismus, in dem der Staat und staatlich kontrollierte Banken eine entscheidende Rolle spielen, ist ein sehr starkes System. Hudson schreibt, dass Deutschland so ein System hatte; jedoch inzwischen zum dritten Mal vom US-Finanzkapitalismus/Imperialismus besiegt wurde: zuerst im 1. Weltkrieg, dann modifiziert im 2. Weltkrieg, und nun wieder das Industrie-Exportmodell mit den Russlandsanktionen und der Trennung von russischem Gas.

Im Industriekapitalismus spielt der Faktor Arbeit eine größere Rolle, deswegen gibt es da eher Sozialstaaten und starke Gewerkschaften, allerdings ist es wohl richtig, dass das alles geschwächt wurde mit dem Fall der SU, und dass u.a. deswegen der Trend heute in Richtung Austerität und Finanzialisierung läuft. In dieser Hinsicht stimmt sicher die traurige Prognose des DKP-Papiers für die europäische Arbeitnehmerschaft. Die nun in Europa angestrebte Industriepolitik und Militarisierung wird ziemlich sicher gleichzeitig in Richtung Senkung des Lebensstandards gehen, wenn sie überhaupt in irgendeiner Form gelingt. [Draghis Pläne](#) stießen jedenfalls sofort auf Widerstand.

- Was jetzt die Hegemoniebestrebungen des deutschen Kapitals betrifft, wenn es ein solches gibt: Im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise wurde es zunächst erst einmal gründlich von den USA geschlagen und unser Wirtschaftsmodell kaputt gemacht (billige Energie, Exportüberschüsse, starke Industrie, Energiewende, Sicherheit den USA überlassen). Jetzt ging es mit den USA zur Konfrontationspolitik mit Russland über, aber, wie Peter Wahl und andere in ihrem [lesenswerten Papier zur Friedenspolitik](#) schreiben, ist „bei der EU [...] jedoch der Unterschied zwischen Wollen und Können besonders groß.“ Zu Deutschland schreiben sie:

„Die Position Deutschlands in der EU ist dank seiner geografischen Mittellage, seiner starken wirtschaftlichen Präsenz in den östlichen Mitgliedsländern und seiner „Zeitenwende“ gestärkt worden, während die deutsch-französische Achse an Bedeutung verliert. Prompt wird in Berlin offen ein Führungsanspruch erhoben, so u.a. vom Ko-Vorsitzenden der SPD, Klingbeil: „Deutschland muss den Anspruch einer Führungsmacht haben. Nach knapp 80 Jahren der Zurückhaltung hat Deutschland heute eine neue Rolle im internationalen Koordinatensystem. Dieser Führungsanspruch bezieht sich allerdings nur auf die EU und stellt die Unterordnung unter die Hegemonie der USA nicht in Frage. Das wird auch nach dem Ukrainekrieg so bleiben. Wie immer er ausgeht, die Konfrontation mit Russland wird für lange Zeit bleiben und einen neuen „Eisernen Vorhang“ durch den Kontinent ziehen. Innenpolitisch heißt „Zeitenwende“,

dass die unteren Klassen die Kosten tragen müssen. Schon jetzt kommt es zur Umverteilung vom Sozialen zum Militär, während die Profite der Rüstungsindustrie immer neue Höhen erreichen.“

Das halte ich für plausibler als die These im DKP-Papier, dass das deutsche Kapital zu gegebener Zeit zum Kampf gegen die USA blasen wird. Aber auch was die Hegemoniebestrebungen in Europa betrifft muss man ernsthaft die Frage nach dem Unterschied zwischen Wollen und Können stellen.

- Vor allem müssen sowohl die amerikanischen Hegemoniebestrebungen als auch die der Europäer vor dem Hintergrund einer im Vergleich vor 150 Jahren radikal geänderten Weltlage gesehen werden, in der sich die Wirtschaftskraft (dank der Stärke des industriekapitalistischen Wirtschaftsmodells) wichtiger Player des Globalen Südens radikal geändert hat, und dadurch auch für diejenigen Länder des Globalen Südens, die bislang noch in Abhängigkeit vom westlichen Imperialismus leben, neue Chancen eröffnet. Heute kann das Kapital die Welt nicht mehr unter sich aufteilen, die „Welt“ lässt das nicht mehr mit sich machen und strebt nach einer multipolaren Weltordnung. Es ist diese insgesamt geschwächte Situation, die den Imperialismus heute militärisch so gefährlich macht, aber ein neuer Faschismus, in dem das gestärkte deutsche Kapital seinen Feldzug gen Osten führt, wird, wenn es denn überhaupt dazu kommt, an der militärischen Überlegenheit Russlands und seiner Verbündeten scheitern. (Die Militärkraft Russlands wird meiner Meinung nach in Peter Wahls Papier unterschätzt, ich glaube, sie machen immer wieder den Fehler die Geldausgaben, mit der tatsächlichen Schlagkraft gleichzusetzen. Aber ob das wirklich stimmt, kann ich nicht beurteilen, ist nur so ein Gefühl. Vielleicht höre ich aber auch zu viel Russenpropaganda.)

In dem DKP-Papier wird zwischen Erfüllungspolitik (Unterordnung unter die USA) und Katastrophenpolitik (Widerstand gegen die USA, Verfolgung eigener Hegemonieinteressen) des deutschen Kapitals unterschieden. Was fehlt, ist jedoch die heute viel wichtigere Frage, ob es nicht, gerade auch in Deutschland, Teile des Kapitals gibt, die angesichts der neuen Kräfteverhältnisse nicht zu einer realistischen Einschätzung kommen. Anstatt um jeden Preis Hegemonialmacht werden zu wollen und sich auf militärische Abenteuer einzulassen, könnten sie doch lieber starker Partner in einer multipolaren Welt werden wollen. So wäre auch viel Geld zu verdienen. Insofern könnte m.E. die Friedensfrage auch einen Keil in die Reihen der Eliten treiben, zwischen denen, die noch den alten Abenteuern nachhängen, und denen, die die veränderte Weltordnung als Realität zu akzeptieren lernen, und die generell lieber in Ruhe ihren Geschäften nachgehen würden.

- Für diejenigen unter uns, die sich die Frage nach der Durchsetzung einer besseren Gesellschaftsordnung stellen, könnte die Perspektive eines friedlichen, wirtschaftsstarke – grünen und sozialen - Deutschlands, das in Zusammenarbeit mit den anderen europäischen Staaten in einer multipolaren Welt eine spezifische Rolle spielt, auch was die Werte und Lebensverhältnisse betrifft, eine schöne Vision sein. Dazu würde dann aber auch eine eher keynesianisch organisierte Nationalökonomie gehören, von der aus, wie Hudson argumentiert, der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft möglich ist.
- Peter Wahl u.a. schreiben:

„Friedenspolitik identifiziert sich nicht prinzipiell oder dauerhaft mit einem Land oder einem Lager. Das gilt auch für das eigene Land/Lager, d.h. Absage an Nationalismus, Euro-Nationalismus und die Identifikation mit irgendeiner Wagenburg, auch nicht mit der des Westens.“

So ähnlich sieht es ja auch das DKP-Papier. Der Feind steht im eigenen Land. Wir können uns weder mit unserem Land, noch mit einem anderen Lager identifizieren. Wir stehen im Klassenkampf.

Mit diesen Thesen habe ich Schwierigkeiten: Natürlich ist es im Sinne des Friedens notwendig, außenpolitisch auf Diplomatie und Interessenausgleich und nicht auf Großmachtpolitik auf Kosten anderer zu setzen. Aber das setzt voraus, dass man sich der eigenen Interessen bewusst ist. So leicht kommt auch die Friedensbewegung nicht davon, was Nationalismus betrifft. Wir wissen, dass für eine Wirtschaftspolitik, die alle Ressourcen ausschöpft, die auch ressourcenschonend und sozial ist, der nationalstaatliche Rahmen notwendig ist. Wir wissen, dass deswegen Grenzen nötig sind, dass Sicherheitsgarantien gebraucht werden, die die staatliche Existenz eines jeden Staates sichern etc. Wenn innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens, wie fast überall auf der Welt Klassengesellschaften vorhanden sind, müssen sich Friedensbewegte in diesen Widersprüchen bewegen. Sprich: Die Identifikation mit einer Nation, in denen die benachteiligten Schichten ihre Rechte erst noch erkämpfen müssen, ist ein sehr starker Faktor auch des Klassenkampfes (war es jedenfalls früher, als es den noch gab). Solche klassenbewussten Patrioten verstanden sich eben gerade nicht als „vaterlandslose Gesellen“; sie identifizieren sich aber auch nicht mit den Großmachtinteressen ihrer herrschenden Klassen, aber u.U. schon – wie in England und Frankreich des 2. Weltkrieges und zumindest Teile der Kommunisten in Russland heute – doch mit dem Kampf gegen die Großmachtinteressen der Gegner des Landes, die die Existenz ihres Landes bedrohen. Es gab und gibt nicht nur den klassenverratenden sozialdemokratischen Nationalismus.

Für uns Europäer ist das besonders schwierig, denn ein „wohlverstandener“ Nationalismus hier kann sich ja weder mit den amerikanischen Interessen noch mit den von Abstiegsängsten getriebenen Großmachtambitionen der Machteliten und ihrem Bellizismus identifizieren. Mit einer Industriepolitik, die die europäische Wirtschaft stärkt, insbesondere in entscheidenden strategischen Bereichen, und Europa als Teil einer multipolaren Weltordnung sehen möchte, hingegen schon. Für mich ist die Sache mit Nordstream 2 symptomatisch: den Zugang zu günstigem russischen Gas halte ich für ein klassenübergreifendes nationales Interesse. Und das allgemeine Schweigen dazu für fatal.

Peter Wahl u.a. schreiben:

„Strategische Autonomie der EU, die darauf hinausläuft, klassische Großmacht zu werden, ist keine friedenspolitische Option. Gebraucht wird eine Autonomie, die mit einem anderen Politiktypus einhergeht, der auf Frieden, Koexistenz, Abrüstung, gemeinsamer Sicherheit und Kooperation beruht.“

Da haben sie recht.

- Mein Unbehagen mit dem DKP-Text zum deutschen Imperialismus hängt auch damit zusammen, dass dort zwar ganz klar die Marschrichtung gegen Militarisierung vorgegeben ist, was ich begrüße. Aber eine positive Perspektive fehlt. Vielmehr findet sich jemand, der „in dieser Zeit wirken möchte“ (Käthe Kollwitz), im permanenten Dilemma: Wer gegen den Einfluss der USA aufsteht, macht sich damit zum Handlanger der Faschisten, die mit dem deutschen Kapital zusammen ihr eigenes Großmachtsüppchen kochen wollen. Inzwischen gehen nicht nur die Löhne und Lebensstandards den Bach hinunter, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft. Das kann doch eigentlich auch nicht im Interesse der Arbeitnehmerschaft sein, aber wer gute (Wirtschafts-)Beziehungen zu Russland fordert, macht sich zum nützlichen Idioten der AfD, die das ja nur zur Tarnung solange tut, wie ihr das in den antiamerikanischen Kram passt. Und wer sich mit China gut stellen will, muss auch wissen, dass er sich dadurch mit unehrlichen Wölfen im Schafspelz verbündet. Es gibt im eigenen Land keine Bündnispartner in der Bourgeoisie, weil die im Grunde genommen auf die Gelegenheit wartet, wieder auf eigene Rechnung zuschlagen zu können. Mit wem soll man also auf antimilitaristischen Kurs gehen? Mit einer Arbeitnehmerschaft, die mehrheitlich AfD wählt, darf man es ja auch nicht. Mein Unbehagen wäre jedoch kein Argument gegen die Wahrheit, die sich nicht darum schert, ob sie mir gefällt oder nicht.